

An

Johan Lindholm, Ordförande Byggettan, johan.lindholm@byggnads.se

Gunilla Björklund, LO District Stockholm County, gunilla.bjornberg@lo.se

Jan-Erik Gustafsson, President of Nej till EU, janerik@bahnhofbredband.se

Wanja Lundby-Wedin, President of LO and the ETUC, wanja.lundby-wedin@lo.se

Mona Sahlin, President of the social democrat party, mona.sahlin@riksdagen.se

Solidaritetsadresse

Berlin, Düsseldorf, Wismar, 15.11.2008

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Genossinnen und Genossen,

für den 18.11.2008 ruft Byggnads, die schwedische Bauarbeitergewerkschaft, zu einer Kundgebung in Stockholm für die Verteidigung des »Schwedischen Modells« auf. Zwei Tage später wird der Schwedische Riksdag über den Vertrag von Lissabon abstimmen. Als Gewerkschafter und zum Teil auch Sozialdemokraten aus Deutschland unterstützen wir die Forderungen der Kundgebung von Byggnads.

Wir haben als Delegierte aus Deutschland teilgenommen an der »Internationalen Konferenz für die Aufhebung des Urteils des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) im Fall Laval-Vaxholm«, die am 25. Mai in Stockholm stattgefunden hat. Diese Konferenz hat u.a. festgestellt: „Indem wir die Rechte unserer schwedischen Kolleginnen und Kollegen verteidigen, schaffen wir die wirkliche Einheit der Arbeitnehmer/-innen und Völker ganz Europas: durch die gemeinsame Verteidigung unserer Arbeitnehmerrechte in ihrer jeweiligen nationalen Form gegen den gemeinsamen Gegner, der sie aufheben will.“ Unabhängig von der grundsätzlichen Einschätzung zur Legitimität der Institutionen der EU, hat die Konferenz erklärt: „Wir sprechen der EU und ihrem Gerichtshof das Recht ab, das zu zerschlagen, was unsere Arbeitnehmerorganisationen seit mehr als einem Jahrhundert erkämpft haben!“ Das gilt in diesen Tagen ganz besonders. Denn der Vertrag von Lissabon, der in ganz Europa, auch über die Grenzen der EU hinaus, das nationale Selbstbestimmungsrecht und die Errungenschaften der Arbeiterbewegung zugunsten der Unterwerfung unter das Diktat der EU aushöhlt, erfordert unsere gemeinsame Antwort.

Und er erfordert nach unserer tiefsten Überzeugung das Nein der Sozialdemokraten.

Für uns alle, egal in welchem Land wir leben, steht die Zukunft unserer in z.T. harten Kämpfen errungenen Rechte auf dem Spiel. Mit dem Vertrag von Lissabon und den ihm verpflichteten Urteilen des EuGH wollen sie unsere Rechte „anpassen“. Der Anwalt von Laval, Anders Elmér, sagte nach dem »Laval-Urteil« im schwedischen Radio: „Das schwedische Modell bleibt bestehen. Es muss nur angepasst werden.“ Und auch Arbeitsmarktminister Sven-Otto Littorin sieht das so. Das hat er nochmals während des Forums der EU-Kommission zu den EuGH-Urteilen am 9.10.2008 in Brüssel unterstrichen. Diese „Anpassungen“ würden bedeuten, dass in Schweden der gesetzliche Mindestlohn eingeführt und damit die von den unabhängigen Gewerkschaften in freien Tarifverhandlungen erkämpften Tarifverträge ausgehöhlt würden.

Nichts anderes ist das Ziel der EU, wie es der Vertreter von EU-Kommissar Špidla, Stéphane Ouaki, gegenüber der von der Stockholmer Konferenz mandatierten Delegation erklärt: Nach Einschätzung der Kommission bestünden komplizierte Probleme, wenn Tarifverträge abzuschließen wären und gelten würden. Es gäbe hingegen keine Probleme, würden überall gesetzliche Mindestlöhne eingeführt. „Dann ist das Recht und die Rechtssprechung klar: Alle verdienen den Mindestlohn und Punkt.“ Das wäre der Anfang vom Ende Eures Schwedischen Modells und zugleich ein schwerer Schlag gegen die Rechte der Arbeiterschaft in ganz Europa.

Deshalb hat Erland Olausson nach wie vor recht, als er die Konsequenz des »Laval-Urteils« beschrieb: „Dann sind die grundlegenden Voraussetzungen für unsere Mitgliedschaft in der EU ausgeradiert. Dann ist es meine Überzeugung, dass wir nicht in diesem Club dabei sein können.“

Im Vorfeld der Abstimmung des Deutschen Bundestages im April haben wir uns deshalb an die sozialdemokratischen Abgeordneten gewandt und sie grundsätzlich, aber auch angesichts der Urteile des EuGH in den Fällen »Viking-Line«, »Laval/Vaxholm« und »Rüffert« aufgefordert: „Kein Demokrat, kein Abgeordneter eines demokratischen Parlaments, erst recht kein sozialdemokratischer Abgeordneter kann mit seiner Zustimmung zum Lissabon Vertrag dafür stimmen, dass EU-Recht über unsere demokratischen und sozialen Grundrechte, über die Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte, über die Meinungs- und Versammlungsfrei-

heit sowie die Menschenwürde gestellt werden! Deshalb noch einmal und in aller Dringlichkeit: Stimmt mit Nein zum Vertrag von Lissabon!“

In diesem Sinne wenden wir uns nun auch an unsere schwedischen sozialdemokratischen Genossinnen und Genossen: Stimmt am 20.11.2008 mit Nein zum Vertrag von Lissabon!

Mit solidarischen Grüßen und den besten Wünschen für den Erfolg der Kundgebung am 18.11.2008

als Teilnehmer der »Internationalen Konferenz für die Aufhebung des Urteils des EuGH im Fall Laval-Vaxholm« am 25.5.08 in Stockholm:

Kerstin Fürst (Transnet-Vertrauensfrau, S-Bahn),

Lothar Hesse (ehemaliger ÖTV-Sekretär),

Gotthard Krupp (SPD, AfA-Landesvorstand Berlin, ver.di-Bezirksvorstand),

Peter Polke (Transnet-Vertrauensmann, S-Bahn),

H.-W. Schuster (SPD, Vorsitzender der AfA (Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD) im Unterbezirk Düsseldorf, ver.di-Vertrauensmann)

Kontakt:

H.-W. Schuster, Am Falder 69, D-40589 Düsseldorf, Fax: +49 211 7599092, Mob.: +49 179 9712549,

E-Mail: grotjohann.schuster@t-online.de